

Berufsverbote

GEFAHR für DEMOKRATIE & FRIEDEN

Seit dem Berufsverbote-Erlaß vom 28. Januar 1972, also seit über 12 Jahren, steht die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik im solidarischen Abwehrkampf gegen diese grundgesetzwidrige Praxis - unterstützt von ausländischen Initiativen. Sie konnte in dieser Zeit manchen Erfolg erringen, mußte aber auch manchen Mißerfolg hinnehmen.

Das Gießener Komitee gegen Berufsverbote freut sich darüber, daß es nach 6 1/2 Jahren intensiven Kampfes gelungen ist, für Mario Berger die Einstellung in den hessischen Schuldienst mit einem unbefristeten Angestelltenvertrag als Grundschullehrer durchzusetzen. Dabei übersehen wir nicht, daß seine berechnete Forderung, Zugang zum Beamtenverhältnis zu haben, damit in keiner Weise erfüllt ist. Wir werden uns dafür einsetzen, diese für ihn und andere weiterbestehende Diskriminierung zu beseitigen. Erst dann ist seinen Rechten Genüge getan!

In einem Brief an alle Organisationen und Personen, die sich für ihn und andere "Lehrer-Fälle" in der Zeit seines Berufsverbots eingesetzt haben, schreibt Mario Berger:

"Durch gemeinsames Handeln bin ich eingestellt worden - allein durch



nach 6 1/2 Jahren : Einstellung in den hess. Schuldienst erkämpft

gemeinsame Aktivitäten können wir eine demokratische Wende gegen die Rechts-Koalition in Bonn erzwingen. In dem Maße, wie sich die Bundesregierung über den erklärten Willen von Millionen mit der Aufstellung von US-Atomraketen, mit Sozialabbau und Rotstiftpolitik hinwegsetzt, in dem Maße nehmen die Versuche zu, die Rechte der Gewerkschaften, von Parteien und Organisationen einzuschränken. Meine Kollegen Axel Brück und Egon Momberger aus Gießen werden seit Jahren von verschiedenen Postministern ihrer beruflichen Existenz bedroht, besonders akut seit der Bonner Wendepolitik."

Nach Erfolgen neue Gefahren

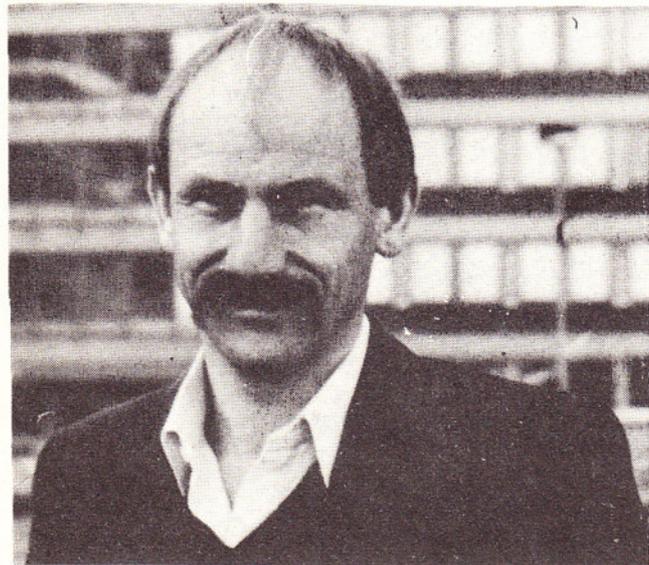
Schwarz-Schilling will die
WENDE per »Dienstenthebung«

Nach Erfolgen neue Gefahren



Axel Brück, Sudetenlandstr. 37, 63 Gießen, 41 Jahre, technischer Fernmeldeobersekretär, verheiratet, 2 Kinder

Seit mehr als 27 Jahren bei der Deutschen Bundespost beschäftigt. Nach Hauptschulabschluss 3 1/2-jährige Lehre als Fernmeldehandwerker. 1968 Übernahme ins Beamtenverhältnis, seit 1970 seit 1970 Beamter auf Lebenszeit. Z.Zt. Verwalter eines Kabellagers
1958 Eintritt in die Deutsche Postgewerkschaft, Ausübung verschiedener betrieblicher und gewerkschaftlicher Funktionen auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene sowie Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit
1970 Eintritt in die DKP. Funktionen im Kreis- und Bezirksvorstand, Jetzt Kreisvorsitzender der DKP Gießen, Kandidaturen zum Stadtparlament, Kreis- und Bundestag.
1976 Beginn der Berufsverbotsmaßnahmen. Zahlreiche Anhörungen. Strafversetzung innerhalb des Amtes.
1979 Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst.
1983 Anschuldungsschrift. Jetzt droht der Prozeß vor dem Bundesdisziplinargericht und die sofortige Suspendierung vom Dienst.



Egon Momberger, Nelkenweg 64, 63 Gießen, 35 Jahre, verheiratet, 1 Kind

Ausbildung: Hauptschule, 3 1/2 Jahre Lehre zum Fernmeldehandwerker FA Fulda, Studium Fachhochschule Gießen.
1974 - 1975: Ausbildung für den gehobenen technischen Dienst.
seit 1967 Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft, in verschiedenen Funktionen, z.Zt. Vertrauensmann in seiner Dienststelle.
1975 erste Anhörung
seit Mai 1975 Beamter auf Probe (mehr als 9 Jahre)
1978 Untersuchungsverfahren nach § 126 BDD, Vorwürfe: Mitgliedschaft, Kandidatur und Funktionen für die DKP
Jan. 1979 Einstellung des Verfahrens und Verlängerung der Probezeit
Okt. 1979 Strafversetzung innerhalb des Amtes als sog. Sicherheitsrisiko
5.1.1983 erneutes Untersuchungsverfahren nach § 126 BDD mit den gleichen Vorwürfen. Dieses Verfahren läuft z.Zt. noch.
6.9.1984 erneute Anhörung durch den Amtsvorsteher des Fernmeldeamtes Leitender Oberpostdirektor Dipl. Ing. Walter Koch. Androhung der vorläufigen Dienstenthebung und die Aufforderung, sich von der DKP zu distanzieren.

Bis zum heutigen Tag wurde gegen beide keine Kritik an der Dienstausübung vorgebracht oder konkrete Verstöße gegen bestehende Gesetze o.ä. zur Last gelegt. Die einzigen Vorwürfe waren und sind: Mitgliedschaft, Kandidaturen, Funktionen und Aktivitäten für die DKP. Mit Beginn der Berufsverbotsmaßnahmen entwickelte sich eine breite Solidaritätsbewegung; 7500 Unterzeichner (darunter 1600 gewerkschaftliche Funktionsträger) forderten die Einstellung der Verfahren. Zahlreiche Veranstaltungen von Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen fanden zur Solidarität und Abwendung der drohenden Berufsverbote statt. Auch aus dem Ausland - Dänemark, Spanien, Griechenland, Frankreich und den Niederlanden - liegen zahlreiche Solidaritätsbekundungen vor.

Während die Bewegung im "Falle" Mario Berger einen beachtlichen Teilerfolg erringen konnte, sind wir gegenüber den im Bereich der Post drohenden weiteren Maßnahmen zu neuen Aktivitäten aufgerufen. Die beiden genannten "Post-Fälle" in unserer Stadt sind zu sehen im Rahmen einer von Bundespostminister Schwarz-Schilling inszenierten bundesweiten Hatz auf die Kommunisten in seinem Dienstbereich, der Deutschen Bundespost.

Gestützt wird sie auf die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts von 1981 und 1984 gegen die langjährigen Stuttgarter Postbeamten Hans Peter und Hans Meister, die mit der Begründung, ihre Mitgliedschaft in der DKP sei ein Dienstvergehen, entlassen wurden, genauer gesagt: auf die Straße gesetzt.

Auf diese beiden fragwürdigen Urteile, die auch im Ausland auf heftige Kritik und Unverständnis gestoßen sind, bezieht sich der Bundespostminister mit der Behauptung, nunmehr sei damit eine "gefestigte Rechtssprechung" gegeben. Diese Formel taucht in allen dienstlichen Schreiben auf, mit denen z.Zt. mindestens 17 Bedienstete der Bundespost, darunter 9 Beamte, mit einer vorläufigen Dienstenthebung (unter Einbehaltung von Teilen der Bezüge) und Entlassung bedroht werden.

In den letzten Wochen ging ihnen allen ein dienstliches Schreiben zu, in dem mit der Entlassung gedroht wird, falls sie sich nicht innerhalb einer Frist von 14 Tagen von den Zielen der DKP ausdrücklich distanzieren.

Auch unsere beiden Gießener Postbeamten Axel Brück und Egon Momberger ist dieses Abschwör-Ultimatum gestellt. In der Anhörung am 6.9. wurde Egon Momberger folgende Formulierung vorgetragen:

"Ich beabsichtige, Sie dazu zu hören, ob Sie unter Berücksichtigung dieser Rechtssprechung sich

jetzt dazu entschließen wollen, sich von der DKP zu distanzieren und alle Aktivitäten für diese Partei aufzugeben."

Egon Momberger hat sich bereits einer vierstündigen Anhörung unterziehen müssen, in deren Verlauf es in Gegenwart eines Personalratsmitgliedes zu verbalen, beleidigenden Ausfällen seines Vorgesetzten ihm gegenüber gekommen ist.

Axel Brück wurde ohne Rücksicht auf seinen derzeitigen Krankenstand ebenfalls vorgeladen. Diese Eile läßt den Verdacht berechtigt erscheinen, daß gegen ihn gleiche Maßnahmen in Vorbereitung sind.

Schon diese beiden Fälle allein zeigen, wie sehr sich die Situation im gesamten Postbereich aktuell zuspitzt und an die Stelle der auch von Gerichten verlangten Einzelfallprüfung eine pauschale Handhabung um sich greift. Offenbar existiert ein vom Bundespostminister erstellter Terminplan.

Vor wenigen Tagen wurde in Frankfurt der Briefträger Wolfgang Repp durch eine Verfügung des Bundespostministers mit sofortiger Wirkung seines Dienstes enthoben. Zugleich wird ihm bis zum Abschluß seines Entlassungsverfahrens ein Viertel seiner Bezüge vorenthalten.

In Marburg wurde von dem Posthauptschaffner Herbert Bastian außer der Distanzierung von seiner Partei zusätzlich verlangt, sein durch das Vertrauen von Marburger Bürgern gewonnenes Mandat als Stadtverordneter niederzulegen.

Angriff auf den Frieden!

Berufsverbote und Raketen

haben eine gemeinsame ideologische Grundlage. Bei den Postbediensteten wird nämlich darauf verwiesen, daß sie (insbesondere im sog. Ernstfall!) für die Bundesrepublik ein Sicherheitsrisiko darstellten, das nach geheimen NATO-Richtlinien ausgeschaltet werden müsse. Was bedeutet, daß diese Richtlinien den Bestimmungen des Grundgesetzes vorgeordnet sind. Dies zeigt noch einmal deutlich, wie eng die Praxis der Berufsverbote mit der Bekämpfung der Friedensbewegung verknüpft ist, deren Anhänger für die herrschenden Kräfte in Bonn im Grunde alle Verfassungsfeinde sind. Es drängt sich die Frage auf, ob nicht (neben der schon bekannt gewordenen Kriegsgerichtsbarkeit) auch bereits in dieser Hinsicht Vorbereitungen



getroffen sind, solche "Risiken" im Konfliktfalle in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, was aus der Logik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien zweifellos eine konsequente Maßnahme wäre.

Auch wenn wir uns (noch) nicht im Kriegszustand befinden, die Kriegserklärung nach innen ist bereits ausgesprochen! Im Fadenkreuz der Bundesregierung befinden sich nicht nur Kommunisten, sondern auch engagierte Gewerkschafter, kritische Sozialdemokraten, die Grünen und viele andere (wie Herr Geißler demonstriert).

Solidarische Aktivität gefordert

In dieser Situation ergeht darum an alle um die Demokratie in der Bundesrepublik besorgten Kräfte erneut der dringende Appell, solidarisch zusammenzustehen und die vielfältigen Versuche, die Prinzipien unserer Verfassung zu mißachten, gemeinsam abzuwehren.

Was wir alle jetzt tun können, ist, unseren Protest und unseren Widerstand unüberhörbar und unübersehbar zu machen! Senden Sie entsprechende persönliche Schreiben an den Bundespostminister (Postfach 8001, 5300 Bonn 1), an die Oberpostdirektion Frankfurt a.M. (Postfach 97 77 00, 6000 Frankfurt a.M.) und an Ihren Abgeordneten im Bundestag und im Landtag und strafen Sie damit die Be-

umseitig weiter



Solidarische Aktivität gefordert

Fortsetzung von der vorhergehenden Seite

hauptung Lügen, die in den dienstlichen Schreiben an die Berufsverboteopfer aufgestellt wird:

"Es würde weder von dem weitaus überwiegenden Teil der Beamten der Deutschen Bundespost noch in der Öffentlichkeit verstanden werden, wenn ein Beamter, dem schwerwiegende, voraussichtlich zu seiner Dienstentfernung führende Pflichtverletzungen vorzuwerfen sind, weiterhin im Dienst belassen würde."!

Machen wir den Verantwortlichen deutlich, daß wir alles dazu tun werden, sie wegen Pflichtverletzung gegenüber dem Grundgesetz und als wirkliches Sicherheitsrisiko für unser aller Leben aus ihrem Regieramt zu entfernen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar!



+ letzte meldung +

Nach Redaktionsschluß dieses Artikels wird die Aussage des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Alfred Dregger, über die Medien verbreitet, daß die Teilnehmer der Herbstaktionen der Friedensbewegung sich bei dieser Gelegenheit darin übten, im Falle eines Krieges den sowjetischen Angriffsspitzen den Weg nach Westen zu weisen.

Kommentar dazu:

Wenn Herr Dregger das ernst meint (und wer wollte bei der Mentalität dieses Herrn daran zweifeln?), dann ist unsere oben gestellte Frage nicht mehr so absurd, wie sie vielleicht beim ersten Lesen erscheinen mag.

Unterstützt die Aktivitäten der Bewegung gegen Berufsverbote!

Initiative "Weg mit den Berufsverboten" - Zentraler Arbeitsausschuß - Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg (BLZ 200 101 11) Konto 14 9955 7700 (Ingrid Kurz)

Komitee gegen Berufsverbote Gießen, Postfach 11 0868 Bezirkssparkasse Gießen (BLZ 513 500 25) Konto 200 254 518 (Mario Berger)

Unterstützt die vom Berufsverbot Betroffenen!

Heinrich-Heine-Fonds, Postfach 4862, 3000 Hannover 1, Bank für Gemeinwirtschaft Hannover (BLZ 250 101 11) Konto 141 806 0000 (RA Heinz Reichwaldt) oder Postgiroamt Hannover, Konto 33 92 91 - 304 (Sonderkonto RA Reichwaldt).



GEGEN BERUFSVERBOTE, ÜBERWACHUNG UND BESPIZELUNG IN DER BRD

FÜR DEMONSTRATIONS- UND MEINUNGSFREIHEIT

VERTEIDIGT DIE DEMOKRATISCHEN RECHTE GEMEINSAM!

Komitee gegen Berufsverbote

V.i.S.d.P. Heinz Nagel, Gießen

STOPPT DEN ABBAU DER DEMOKRATIE!